

Wolfgang Ischinger: Rede der Hoffnung
anlässlich des 70jährigen Jubiläums der „Speech of Hope“
von James F. Byrnes (US-Außenminister 1945-1947)
Stuttgart, 7. Oktober 2016, 19 Uhr, Neue Schloss, Weißer Saal

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
Exzellenzen
sehr geehrter Botschafter Emerson, dear John,
sehr geehrter Herr General,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
meine Damen und Herren

für die Einladung, heute abend hier zu sprechen, danke ich sehr. Das ist nicht nur eine große Ehre. Es ist für mich auch deshalb eine besondere Herausforderung, über die Rede von James Byrnes vom 6.9.1946 zu sprechen, weil ich auf den Tag genau fünf Monate vorher keine 30 Kilometer von hier entfernt am Rande der Schwäbischen Alb geboren wurde,

Meine Damen und Herren, in der aktuellen außenpolitischen Debatte ist „Hoffnung“ leider kein Begriff, der einem besonders häufig ins Auge springt.

Mehr noch: Statt durch Hoffnung zeichnet sich unsere Debatte durch eine zunehmend hysterische Angst vor der Zukunft aus.

1. Die heutige Debatte – geprägt von der Achse der Angst

Eine „Achse der Angst“ treibt die politisch Verantwortlichen vor sich her, ohne selbst eine Vision für die gemeinschaftliche Zukunft anzubieten.

Diese Achse der Angst – bestehend aus Populisten, Nationalisten und Anti-Demokraten innerhalb und außerhalb Europas – spielt mit den Unsicherheiten der Bürgerinnen und Bürger.

Sie nutzt ihre Furcht vor Zukunft und malt Schreckgespenster an die Wand. Die Folgen solcher Gespenster und Schwarzmalerei jedoch sind allzu real:

In Großbritannien haben die Befürworter des sogenannten Brexit mit kruden Behauptungen und wilden Verschwörungstheorien dafür gesorgt, dass London nun im März 2017 das Prozedere zum Austritt der Briten aus EU beginnen wird.

Diese so fundamentale Entscheidung wurde gegen die übergroße Mehrheit aller Experten – von der Bank of England bis zu den führenden Wirtschaftsverbänden – getroffen; ihre Folgen sind kaum abzusehen.

Doch gerade diejenigen, die sich von der Chimäre der Renationalisierung und der Beschwörung einer rückwärtsgewandten nationalen Identität eine blühendere Zukunft versprochen haben, werden einen Großteil der Zeche zahlen müssen.

In den USA macht ein Präsidentschaftskandidat die Mexikaner pauschal zu vergewaltigenden Ausländern, will Zäune errichten oder gar Muslime ganz von der Immigration in die USA ausschließen.

Er stellt die traditionellen Allianzen der Vereinigten Staaten in Frage, bezweifelt die Unabhängigkeit der freien Presse oder lädt Russland dazu ein, auch die restlichen Emails der Demokratischen Partei zu hacken.

In manchen Staaten der EU scheint man zu glauben, dass wenige tausende Flüchtlinge ausreichen, um die Stabilität des Landes zu gefährden. Referenden werden ausgerufen, bei denen sich die Stimme des Volkes Luft machen soll, um eine angebliche „Umvolkung“ Europas zu verhindern.

Dies ist eine Politik der Angst, die Scheinlösungen für Scheinprobleme anbietet, aber den wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit aus dem Wege geht.

Selbst bei deutschen Landtagswahlen geht es heutzutage weniger um die Chancengerechtigkeit unseres Bildungssystems oder die regionale Infrastruktur, als um die angebliche drohende Islamisierung des Abendlandes oder einen Anstieg der Kriminalität, obwohl Statistiken doch belegen, dass unser Land eigentlich immer sicherer geworden ist. Diese diffusen Ängste sind gefährlich – gefährlicher vielleicht als alles andere. Oder wie

Franklin D. Roosevelt einst formulierte: Das einzige, was wir fürchten müssen, ist die Furcht selbst.

Wenn es heute die *eine* dringende Aufgabe für die westliche Politik gibt, dann ist es, neuen Gestaltungswillen zu entwickeln und Hoffnung zu verbreiten. Eine Politik der Zuversicht – dies wäre das Gegenteil einer Politik der Angst.

Als US-Außenminister Byrnes 1946 in Stuttgart sprach, war von Hoffnung und Zuversicht weit und breit nichts zu spüren. Deutschland lag danieder, wirtschaftlich, militärisch, politisch und moralisch.

Hoffnung und Zuversicht zu verbreiten – das gelang Byrnes damals vorzüglich. Wie die Rhein-Neckar-Zeitung in Reaktion auf die Rede schrieb:

„Was die Rede im einzelnen verkündete, gibt uns – eineinhalb Jahre nach unserer beispiellosen Hitlerniederlage – allen Grund, in Ehrfurcht und Vertrauen innezuhalten.

Die Rede schenkt uns Hoffnung zu neuem Leben.“

2. Die Idee des Westens ist weiterhin ein Quell der Hoffnung in der Welt – wir müssen uns dies aber wieder bewusst machen.

Bei allen Problemen, denen wir gegenwärtig in unseren Gesellschaften gegenüberstehen, übersehen wir gelegentlich, welche Stärke unsere westlichen Gesellschaften weiterhin auszeichnet. Wer, wenn nicht wir, sollte ein Leuchtturm für Hoffnung in der Welt sein, ein „beacon of hope“, wie man in Amerika sagt?

Und für sehr viele Menschen sind wir – Europa, der Westen – dies auch weiterhin:

- Fahren Sie einmal in die Ukraine und sprechen Sie mit den jungen Menschen dort, die sich eine sichere Zukunft für sich und ihre Familien wünschen: Sie sehen ihre Zukunft in der EU.

- Oder fragen Sie die Flüchtlinge vor den Toren Europas: Warum wollen sie in die EU, nicht in andere Regionen der Welt? Wie viele Flüchtlinge nennen Russland als Ziel ihrer Träume?

3. Grenzen der Selbstkritik: Die negativen Effekte des Selbstzweifels

Bei aller sinnvollen Selbstkritik und der wichtigen Reflexion über eigene Fehler und Schwächen scheint mir das Pendel des europäischen Selbstzweifels viel zu weit ins Negative geschwungen zu sein.

Nach den frustrierenden Erfahrungen mit Interventionen – von Afghanistan über Irak bis Libyen – hat sich eine Interventionsmüdigkeit im Westen breit gemacht, die möglicherweise noch viel schrecklichere Folgen zeitigt als eine interventionistische Politik, die ihre Möglichkeiten überschätzt.

Heute besteht eher die Gefahr, dass wir unsere Möglichkeiten *unterschätzen*, unsere außenpolitische Nachbarschaft positiv zu beeinflussen.

Manche werden entgegenen, die gegenwärtige öffentliche Meinung lasse es nicht zu, sich stärker in internationalen Konflikten zu engagieren oder massive Ressourcen zu ihrer Prävention bereitzustellen.

Bis zu einem gewissen Maß ist diese Rechtfertigung nachvollziehbar. Sie kann aber keine Entschuldigung dafür sein, keine eigenen Ambitionen zu entwickeln.

Ist es wirklich ausreichend, wenn man als Ziel der eigenen Politik verkündet, es sei schon viel erreicht, wenn es im nächsten Jahr nicht noch schlechter um Europa stünde? So hieß es im letzten Jahr seitens deutscher Vertreter auf der Münchner Sicherheitskonferenz.

Wie soll der Achse der Angst mit einer solchen Politik entgegengetreten werden?

Dabei brauchen wir gerade heute klare Zukunftsvisionen und den Mut, die dafür notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Anderenfalls besteht die Gefahr, dass wir von der schier endlosen Reihe an Krisen in eine tatsächliche Systemkrise rutschen.

Ich bin überzeugt: Den heutigen Herausforderungen können wir nicht mit Zurückrudern oder mit einer leichten Kurskorrektur begegnen. Es gilt heute, um im Bild zu bleiben, das Ruder mit voller Kraft einzusetzen und sich gegen den Strom zu stemmen. Die Strömung ist nicht so

stark, dass wir nicht gegen sie ankommen könnten. Aber sie ist so stark, dass wir abgetrieben werden, wenn wir nicht dagegenhalten.

Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen, die verdeutlichen, welche Konsequenzen ein eher halbherziges Engagement haben kann:

Wo, zum Beispiel, ist eigentlich unsere Vision für die Zukunft der **Ukraine**? Tun wir wirklich genug, um den jungen Reformern zu helfen, die eine neue demokratischere Gesellschaft aufbauen wollen? Helfen wir denjenigen genug, die sich gegen Korruption und Misswirtschaft stemmen? Selbst wenn wir – mit guten Gründen – darauf verzichten, der Ukraine eine militärische Sicherheitsgarantie auszustellen, könnten wir nicht mehr für die Menschen vor Ort tun – nicht zuletzt, indem wir ihnen z.B. bessere wirtschaftliche Perspektiven in Aussicht stellen?

Nirgendwo sind die Konsequenzen des Nicht-Handelns sichtbarer als in **Syrien**. Seit einem halben Jahrzehnt diskutieren wir auf der Münchner Sicherheitskonferenz jedes Jahr über den Krieg in Syrien. Genauso lang wird vor den Risiken eines westlichen Eingreifens gewarnt.

- Als wir 8.000 Tote zu beklagen hatten, hieß es, dass eine westliche Intervention den radikalen Islamismus stärken könnte.
- Als wir 40.000 Tote zu beklagen hatten, hieß es, eine westliche Intervention würde neue Flüchtlingskrisen verursachen.
- Als wir 80.000 Tote zu beklagen hatten, hieß es, dass eine westliche Intervention einen regionalen Flächenbrand auslösen könnte.
- Als wir 150.000 Tote zu beklagen hatten, hieß es, dass es keine moderate Opposition mehr geben, die wir unterstützen könnten.

Heute haben die Vereinten Nationen aufgehört, die Toten des Krieges zu erfassen, und es ist all das eingetreten, vor dem die westlichen Interventionsgegner immer gewarnt hatten – aber ganz ohne Intervention!

Wir haben nicht nur eine Radikalisierung der bewaffneten Gruppen erlebt, sondern auch ein Übergreifen des Konflikts auf die Nachbarländer und darüber hinaus die größte Flüchtlingskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Ein Tiefpunkt ist jetzt erreicht, eine traurige Bankrotterklärung amerikanischer und europäischer Politik, aber insbesondere auch für unsere westlichen Werte!

Der massenhafte Exodus aus Syrien hat uns allen vor Augen geführt, dass wir die Probleme in unserer Nachbarschaft nicht ausblenden können. So oder so werden sie uns eines Tages erreichen.

4. Die Unmöglichkeit der Abkehr von der Welt

Byrnes formulierte diese Einsicht für sein Land folgendermaßen, als er Anfang September 1946 in Stuttgart sprach:

„Wir haben wohl oder übel lernen müssen, daß wir alle in einer Welt leben, von der wir uns nicht isolieren können: Wir haben gelernt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und daß Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkaufte werden können.“

Diese Lehre ist heute aktueller denn je. Doch die Debatte wird gegenwärtig von der Achse der Angst geprägt, die Renationalisierung predigt, Zäune baut, die Integration Europas zurückdrehen will oder überzeugt ist, eigene Sicherheit nur durch die Unsicherheit der Nachbarn garantieren zu können. Dies ist geradezu die Pervertierung des europäischen Erfolgsmodells, das uns viele Jahrzehnte Frieden und Wohlstand gebracht hat.

Was also kann man diesem Narrativ der Angst entgegensetzen?

Als Byrnes 1946 in Stuttgart sprach, waren die USA keinesfalls besonders erpicht darauf, sich dauerhaft um die Sicherheit Europas zu bemühen. Auch die Vereinigten Staaten hatten – trotz ihrer Dominanz – im Zweiten Weltkrieg enorme Verluste zu beklagen. Die Wirtschaft musste von einer Kriegswirtschaft wieder in eine normale Ökonomie überführt werden.

Und wer hätte es den USA verdenken können, hätten sie sich zunächst einmal vor allem für die eigene Heimat interessiert?

Was Byrnes aber damals tat, war in der langfristigen Perspektive nicht nur von besonderer moralischer Größe, sondern auch im aufgeklärten Eigeninteresse. Das klare Bekenntnis zur Unterstützung Europas, die Ankündigung, amerikanische Soldaten so lange in Deutschland zu

belassen, wie es nötig sei, war eine der besten Entscheidungen US-amerikanischer Außenpolitik. Erst diese Hand, die über uns gehalten wurde, ermöglichte uns, die Schritte zu gehen, die über mehrere Jahrzehnte hinaus den Aufbau der heutigen EU ermöglichten.

1946 waren die USA ohne Frage die alles überstrahlende Führungsmacht des Westens. Und Deutschland war gerade erst von jenem Westen besiegt worden. Es war noch nicht am Ende des „langen Wegs nach Westen“, wie Heinrich-August Winkler die deutsche Geschichte zusammenfasste. Aber Byrnes und viele andere ermöglichten es uns Deutschen, unseren Platz im Westen zu finden.

Als junger Diplomat war ich unendlich froh zu wissen, dass – sollte es hart auf hart kommen – mein Land auf der richtigen Seite der Geschichte sein würde. Nicht, wie so häufig zuvor, auf der falschen.

5. Für eine neue Balance in den transatlantischen Beziehungen: Mehr Europa!

Heute ist Deutschland ganz fraglos ein ganz wesentlicher Teil des Westens. Und – auch das muss man so deutlich sagen – kein unbedeutender. Was wir hierzulande sagen, entscheiden, tun, ist von Bedeutung für viele Menschen auf der ganzen Welt. Der Westen und seine Werte: Dafür tragen wir heute Mitverantwortung.

Deutschlands wichtige Rolle für den Westen offen zu benennen, ist kein Ausdruck von Größenwahn. Im Gegenteil: Es ist notwendig, um überhaupt der Verantwortung nachkommen zu können, die damit einhergeht. Heute müssen wir Byrnes' Aufgabe mit übernehmen – nicht allein natürlich, aber als Partner unter Partnern.

Wir können und dürfen die Definition und Rolle des Westens heute jedenfalls nicht mehr allein den USA überlassen, aus verschiedenen Gründen. Der Westen und seine Verantwortung, das sind heute auch wir.

Im März 2014 annektierte die Russische Föderation die Krim und verstieß somit gegen ein fundamentales Prinzip europäischer Sicherheit – das Verbot, Grenzen mit militärischer Gewalt zu verschieben. Hinzu kamen militärische Drohungen, Übungen, die den Einsatz von Nuklearwaffen simulierten, und die weiter andauernde Intervention in der Ostukraine.

Es waren wieder einmal die USA, die zuerst ihre schützende Hand über unsere östlichen Bündnispartner hielten, auch wenn sie die Diplomatie diesmal weitgehend den Europäern überließen.

Die *European Reassurance Initiative*, die Präsident Barack Obama verkündete, war nur dem Namen nach eine europäische Initiative. Die Kräfte dafür kamen aus den USA, während wir Europäer nur mit Verzögerung bereit waren, die US-Kräfte im Rahmen der NATO zu ergänzen.

So wichtig und richtig Obamas Initiative auch war – so einseitig kann die Zukunft der transatlantischen Beziehungen nicht aussehen.

Ich bin froh, dass die Bundesregierung mittlerweile nachgezogen ist und damit – gemeinsam mit anderen Bündnispartnern – verdeutlicht, dass das gegenseitige Verteidigungsversprechen der NATO-Mitglieder keine hohle Phrase ist. Genau, wie wir in den langen Jahren des Kalten Kriegs von der Anwesenheit so vieler alliierter Soldaten profitierten, ist es nun an uns, auch zur Sicherheit unserer Verbündeten beizutragen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Die USA müssen und sollen ein wesentlicher Teil der europäischen Verteidigung bleiben.

Die kollektive Verteidigung Europas wird durch die NATO gewährleistet.

Aber nach sieben Jahrzehnten darf die Sicherheit Europas nicht mehr nur von Washington abhängen.

Wir Europäer müssen selbst mehr tun. Nicht nur ein bisschen mehr. Sondern viel mehr. Wir brauchen eine fundamentale Neubetrachtung unserer strategischen Lage. Anderenfalls werden wir weiterhin den Krisen hinterherlaufen, anstatt unsere eigene Zukunft selbst proaktiv mitzugestalten.

Dies ist keineswegs nur eine militärische Aufgabe. Aber es ist eben eine Aufgabe, die auch eines militärischen Elements bedarf. Im Verhältnis zu Russland haben wir zur Zeit leider einen Tiefpunkt erreicht, der durch völligen Vertrauensverlust gekennzeichnet ist. Deswegen ist die Lage heute gefährlicher denn je seit dem Zerfall der Sowjetunion.

Eine der außenpolitischen Binsenweisheiten heißt, für politische Krisen gäbe es keine militärischen Lösungen. Das wird in Berlin gerne und oft zitiert. Es hilft dann allerdings den Opfern militärischer Gewalt wenig, wenn andere Akteure entschlossen sind, ihre eigenen Ziele mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Wer also verhindern will, dass andere militärische Mittel einsetzen, muss abschrecken können. Leider müssen wir diesen Begriff aus dem Kalten Krieg heute wieder aktivieren.

Wer in den letzten Jahren über das „amerikanische Imperium“ geklagt hat oder auf den Niedergang der „pax americana“ gehofft hat, kann heute in Syrien und andernorts beobachten, wie eine Weltordnung aussehen wird, in der nicht der Westen, sondern Andere die Entwicklung bestimmen. Russland, so sieht es aus, ist zur Zeit allenthalben mit der Abrissbirne dabei, die Reste dieser „pax americana“ zu zerstören.

Das darf nicht heißen, dass wir Moskau jetzt die Tür zuschlagen sollten, im Gegenteil: Die Doppelstrategie, wie sie jüngst beim NATO-Gipfel bestätigt wurde, bleibt richtig: so viel Rückversicherung wie nötig, und so viel Angebot zur Vertrauensbildung und Zusammenarbeit wie möglich. Aber: It takes two to tango!

Im Verhältnis USA-EU hat inzwischen ein wichtiger Paradigmenwechsel stattgefunden: Die USA haben erkannt, dass ein *starkes* Europa der beste Verbündete der Vereinigten Staaten ist. Die frühere Skepsis in Washington gegenüber der EU in der Sicherheitspolitik ist Vergangenheit. „Egal wie“, heißt es heute in Washington, „aber tut endlich mehr!“

Aber unabhängig von der Tatsache, dass die USA allen Grund haben, mehr europäisches Engagement zu fordern: Wollen wir Europäer denn darauf verzichten, selbstständig handeln zu können, wenn die USA einmal nicht willens oder in der Lage sind, zu handeln? Oder wenn wir die Lage anders einschätzen als die USA?

In Libyen 2011 mussten die Vereinigten Staaten die Europäer weit stärker unterstützen als geplant, weil die britischen und französischen Mittel allein nicht in der Lage waren, die Luftabwehr Gaddafis auszuschalten.

Als sich die Lage in Mali rapide verschlechterte, machten die USA frühzeitig klar, dass sie sich dort nicht engagieren wollten. Dann sprang zunächst Frankreich in die Presche, machte aber auch klar, dass es diese Aufgabe keinesfalls allein stemmen könne.

Was passiert in der nächsten Krise, in der die USA nicht handeln wollen oder können und die Europäer weiterhin über keine ausreichenden politischen oder militärischen Fähigkeiten verfügen, um selbst einzugreifen?

Dabei fordern laut einer Umfrage des Pew Research Center aus dem Frühjahr 2016 74% der Bürger in den zehn befragten EU-Mitgliedstaaten eine aktivere Rolle Europas in der Welt!

Ein Mehr an gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik ist also nicht nur sinnvoll, sondern stößt auch auf die Zustimmung der Mehrheit in den europäischen Mitgliedstaaten!

So sehr die Menschen der EU-Bürokratie skeptisch gegenüber stehen mögen: Sie spüren schon, dass ihr eigenes Land zu klein ist, seine Interessen in der Welt glaubhaft und nachhaltig zu vertreten.

Außenpolitische Entscheidungskraft ist gefragt! Es ist an der Zeit, auch wieder die Frage zu stellen, warum wir in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik immer noch Einstimmigkeit benötigen, um etwas entscheiden zu können. Was spricht denn gegen Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik?

Warum war die EU bei den Waffenstillstandsverhandlungen für Syrien gar nicht präsent, obwohl der Krieg doch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft stattfindet, und obwohl doch die syrischen Flüchtlinge in die EU drängen?

Warum muss die Konfliktbeendigung wieder Sache Russlands und der USA sein? Wo ist der Gestaltungswille von 500 Millionen Europäer?

Wir brauchen auch mehr Tempo beim Auf- und Ausbau effektiver europäischer Verteidigungsstrukturen; das muss zwar nicht (sofort) zu einer gemeinsamen europäischen Armee führen, aber in jedem Fall zu mehr gemeinsamer Ausbildung, und zu verstärkter gemeinsamer Nutzung und Zusammenlegung militärischer Fähigkeiten. Wir nennen das pooling und sharing.

Wenn klar ist, dass wir unsere militärischen Fähigkeiten nie mehr allein, sondern nur noch mit anderen gemeinsam, aufgrund internationaler Mandate, einsetzen werden: ja warum brauchen wir dann denn noch 28 verschiedene Generalstabsakademien?

Brauchen wir wirklich sechs mal mehr Waffensysteme als die USA?

Warum muss die Bundeswehr einen anderen Hubschrauber fliegen oder eine andere Patrone verschießen als Schweden oder Italien? Wie wäre es, wenn sich die 8 EU-Ostseeanrainer auf

eine Flotte unter einem Admiral einigen würden? Wie wäre es, wenn wir insgesamt in der Verteidigungspolitik aus dem 19. ins 21. Jahrhundert marschieren würden?

Laut einer Studie, die McKinsey für die Münchner Sicherheitskonferenz durchgeführt hat, könnten die EU-Staaten ca. 13 Milliarden Euro pro Jahr einsparen, wenn sie allein bei der Rüstungsbeschaffung gemeinsam vorgehen würden. Das würde so manchen Euroskeptiker beeindrucken: eine EU, die nicht überall und immer mehr ausgibt, sondern hier mehr Kampfkraft mit weniger Geld erreicht!

Jedenfalls können wir uns eine EU nicht mehr leisten, die – insgesamt betrachtet – ihre Verteidigungsmittel hochgradig ineffizient ausgibt, weil nicht hinreichend koordiniert und integriert wird.

Ich freue mich, dass in Berlin jetzt eine ganze Reihe von Initiativen lanciert wurden, die in die richtige Richtung weisen.

Meine Damen und Herren, eine starke und global handlungsfähige EU ist also nicht nur ein großes Friedensprojekt im Helmut Kohlschen Sinn, sondern gerade für uns Deutsche eine strategische politische und ökonomische Notwendigkeit.

Eine solche Strategie würde dazu beitragen, dass die transatlantische Partnerschaft balancierter wird – und somit auch interessanter für die USA.

Die Welt ist heute komplizierter als 1946.

Aber warum eigentlich erscheint es uns so unrealistisch, dass Europa und die USA eine ähnliche „Strategie der Hoffnung“ heute für die Gesellschaften an den Rändern des europäischen Kontinents verkünden?

Warum ist es so unvorstellbar, dass unsere politischen Führungen ankündigen, in unsere eigene zukünftige Sicherheit zu investieren, indem sie insbesondere der Jugend in den nordafrikanischen Staaten und an den östlichen Rändern der Europäischen Union weiter reichende Perspektiven bieten?

Schrecken wir davor zurück, weil uns die Kosten zu hoch erscheinen oder weil wir selbst nicht glauben, dass wir etwas bewegen könnten? Bei genauerer Betrachtung trägt weder der eine noch der andere Einwand.

Zum ersten Einwand: Allein die ökonomischen und politischen Kosten der gegenwärtigen Flüchtlingskrise sollten das beste Argumente dafür sein, eine tatsächliche Umorientierung in unseren Haushalten vorzunehmen.

Ende der 1980er Jahre gab der Bund fast die Hälfte seines Haushalts für Außen- und Sicherheitspolitik im weiteren Sinne aus, heute bewegen wir uns in der Größenordnung von etwa einem Zehntel. Kann das nachhaltig sein? Vor allem: Können wir uns dies angesichts voller Kassen und einer sich immer weiter verbreitenden Krisenlage innerhalb und außerhalb von Europa noch *leisten*?

Auch Byrnes' Unterstützung für die Bizone bzw. für die politische Selbstbestimmung der Westdeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs oder der Marshall-Plan für Europas wirtschaftlichen Wiederaufbau bedeuteten massive Kosten. Sie zahlten sich aus.

Solche zukunftsgerichteten Investitionen, hinten denen eine klare Vision des Friedens steht, brauchen wir auch heute. Warum zum Beispiel führen wir nicht eine Art Drei-Prozent-Kriterium für mehr internationales Engagement ein? Bisweilen wird ja die Selbstverpflichtung der NATO-Staaten, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, als zu eng und zu militärisch kritisiert. Im Moment gibt Deutschland etwa 1,2% aus. Ich halte dieses Ziel von 2% weiterhin für wichtig. Aber wir könnten es einbetten und erweitern um unser Engagement für Krisenprävention, Diplomatie und Entwicklungspolitik. Es wäre ein Ausdruck des umfassenden Sicherheitsbegriffs, der Teil des deutschen außenpolitischen Konsenses geworden ist.

Mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts also für Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit, Diplomatie und Verteidigung – das schiene mir eine gute Richtschnur zu sein. Nicht zuletzt würde mit dem 3-Prozent-Kriterium auch das Engagement jener Staaten stärker in den Blick rücken, die sich besonders stark im Bereich der Krisenprävention engagieren

Zum zweiten Einwand: Bisweilen wird suggeriert, wir Europäer seien ja kaum in der Lage, tatsächlich etwas zu bewegen.

Natürlich ist die Einsicht in die Grenzen der eigenen Gestaltungsfähigkeit wichtig und richtig. Aber wie kann es sein, dass gegenwärtig Akteure wie Putins Russland, die weder über besondere wirtschaftliche Attraktivität noch über besondere politische Strahlkraft verfügen, den Rest der Welt vor sich hertreiben können?

Die Sanktionen, die die EU gegenüber Russland eingesetzt hat, haben bereits verdeutlicht, dass wir Europäer durchaus Mittel haben, die wir theoretisch einsetzen können, wenn wir denn wollen. Trotz aller Sorgen über die Krisen in Europa bleibt unser Kontinent wirtschaftlich leistungsfähig. Im Gegensatz zu Russland ist Europa keine absteigende Macht – wenn es sich nicht selbst dazu macht.

In diesem Zusammenhang denke ich an den ehemaligen australischen Premierminister Kevin Rudd, der auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahre 2011 sagte:

„Die Gefahr, die ich, und viele in Asien, in Europa sehen, ist, dass Europa sich so sehr mit sich selbst beschäftigt [...], dass es in Gefahr gerät, sich selbst in ein frühes wirtschaftliches und somit auch globales politisches Grab hineinzureden.

Wir wollen das nicht. Und wir glauben, dass Europa fundamentale Stärken hat, die es dem Rest der Welt geben. Aber gerade sehen wir nicht sehr viel davon.“

Es liegt an uns selbst, wieder die nötige Zuversicht zu entwickeln, mit der wir den massiven Herausforderungen entgegentreten können.

Denn das ist der wesentliche Kern, der den Westen ausmacht: Unsere Gesellschaft und unsere Institutionen mögen bisweilen etwas langsamer sein, wenn es darum geht, auf Bedrohungen zu reagieren. Aber wenn sie die Zustimmung ihrer Bevölkerung für eine Neuorientierung bekommen und ihre Ressourcen entsprechend einsetzen, sind sie innovations- und anpassungsfähiger als andere, und das ohne Einschränkungen der Freiheitsrechte des Einzelnen!

6. Abschluss: Hoffnung und Strategie

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal den Blick auf Syrien werfen, wo Assad und Putin gegenwärtig dabei sind, Aleppo in Schutt und Asche zu legen: In den letzten Tagen und Wochen sind Krankenhäuser oder Wasseranlagen bombardiert worden, mit keinem anderen

Zweck, als auch den letzten Widerstand zu ersticken. Doch diese Friedhofsruhe wird keinen echten Frieden, keine Zukunft für Syrien und die Region bringen. Es sind Kräfte der Zerstörung, die nichts Positives schaffen. Sie haben keinerlei Angebot für die Zukunft. Und der Hass, den sie säen, wird Jahrzehnte anhalten.

Ja: Auch der Westen hat in Syrien viele Fehler gemacht. Aber diese bestanden diesmal eben nicht darin, militärisch zu intervenieren, ohne einen politischen Plan zu haben. Diesmal liegt unser Hauptfehler darin, 5 Jahre viel zu wenig getan zu haben. Die moderate Opposition, die es zu Beginn des Konflikts noch gab, wurde zwischen den Radikalen zerrieben. Dennoch bleibt der Westen die einzige Hoffnung für die jungen Syrerinnen und Syrer, wenn sie Unterstützung für eine friedliche Zukunft suchen werden.

„Hoffnung allein ist keine Strategie“, heißt es so schön. Und natürlich stimmt das: Die Hoffnung auf eine starke EU, die Hoffnung auf eine gefestigte transatlantische Partnerschaft, die Frieden und Stabilität exportieren kann – all das wird sich nicht realisieren lassen, solange wir uns nicht klare Ziele und eindeutige Wegmarken definieren.

Auf der anderen Seite braucht jede Strategie auch eine positive Vision einer Zukunft, für die sich das Eintreten lohnt und die realistisch, also erreichbar ist.

Byrnes Stuttgarter Rede von 1946 war beides: Sie gab den Verzweifelnden in Deutschland neue Hoffnung, indem sie eine Zukunft skizzierte, in der die Deutschen – trotz ihrer barbarischen Verbrechen – wieder zu einem geachteten Mitglied der europäischen und westlichen Gemeinschaft werden konnten. Und sie zeigte konkrete Schritte auf, die dazu beitragen sollten, wie dieses Ziel erreicht werden konnte. Kurz: Sie verband eine überzeugende Vision mit Machbarkeit.

Insbesondere in einer Zeit, in der die Achse der Angst ihr Unwesen treibt, sollten wir für ein Europa der Zuversicht und des Gestaltungswillens kämpfen. Byrnes' Rede der Hoffnung kann uns heute, 70 Jahre später, als Inspiration dienen.

Ich danke Ihnen.